

# (Nationale) Parteien in der lokalen Politik: Wandel oder Krise?

Angelika Vetter/Sebastian Kuhn

*„Democracy without parties might be unthinkable, but large modern legislatures without political parties is almost inconceivable“  
(Dalton u. Wattenberg 2000, S. 9).*

## 1 Einleitung: Parteienkrise vor Ort?<sup>1</sup>

Die Parteienforschung konstatiert in den letzten Jahr(zehnt)en nahezu unisono eine Parteienschwäche, die sich sowohl in den alten als auch in den neuen Demokratien manifestiert. Hauptbefund ist eine geringe und in der Tendenz abnehmende Bindung zwischen Parteien und Bürgern. Festgemacht wird dieser Befund an einem deutlichen Rückgang der Parteiidentifikation und der Wahlbeteiligung, einem zunehmenden Wechselwahlverhalten, sinkenden Parteimitgliederzahlen, der Konzentration der innerparteilichen Macht- und Entscheidungsstrukturen, veränderten Wahlkampfstrategien und/oder veränderten Finanzierungsmustern (Katz u. Mair 1995; Dalton u. Wattenberg 2000; Diamond u. Gunther 2001; Gunther et al. 2002; Webb et al. 2002; Luther 2005; Vetter 2008, 2009).<sup>2</sup> Diese Entwicklung bedarf besonderer Aufmerksamkeit, weil Parteien als grundlegende Strukturmerkmale der repräsentativen Demokratie angesehen werden, die für die Integration der gesellschaftlichen Interessen in das politische System notwendig sind (vgl. auch Klein/von Alemann 2011). Verlieren die Parteien an Legitimität, dürfte sich dies früher oder später auch in einem Legitimitätsverlust der repräsentativen Demokratie insgesamt niederschlagen, der nach Meinung von Bartolini und Mair (2001, S. 342) durch „neue“ strukturelle Alternativen im Bereich der politischen Interessenaggregation und -artikulation nicht ausgeglichen werden kann:

„Parties may face an increasing number of competitors, but as yet they seem to have faced no real alternative. [...] if parties no longer do the job, who will then act as the agent for political and institutional integration? More to the point: What happens to democracy if neither political nor institutional integration proves possible any longer?“

Über den hier beschriebenen Befund herrscht in der Parteienforschung weitgehend Einigkeit. Allerdings beziehen sich die entsprechenden Studien in der Regel auf die nationalen Parteiorganisationen, während empirische Untersuchungen lokaler Parteien- und Parteiensystemstrukturen kaum vorliegen. Dabei geben gerade Bürgerproteste in den Kommunen Anlass zu der Frage, inwieweit die Parteien heute noch dazu in der Lage sind, politische Prozesse vor Ort zu strukturieren, Interessen zu mobilisieren und in legitime und bindende

---

<sup>1</sup> Für hilfreiche Kommentare und Kritik danken wir Martin Gross.

<sup>2</sup> Die Ursachen hierfür werden bei den Parteien selbst gesehen, aber auch bei Veränderungen der gesellschaftlichen Strukturen, der Globalisierung von zu lösenden Problemen, der Internationalisierung politischer Strukturen und der Medienumwelt.

Entscheidungen zu transformieren. In diesem Zusammenhang mehren sich die Anzeichen für ein Funktionsdefizit der Parteien auf der lokalen Ebene. Dieser Eindruck wird durch einen nahezu dramatischen Rückgang der Kommunalwahlbeteiligung auf mittlerweile unter 50 Prozent gestützt (vgl. Vetter 2008). Zudem gehen heute deutlich mehr Wählerstimmen an lokale Listen, kommunale Wählergemeinschaften oder Einzelbewerber, was auf eine Erosion der Parteien „von unten“ hinweist (vgl. Holtmann 2001, 2008; Reiser et al. 2008). Aufgrund der fehlenden Studien lassen sich bis heute allerdings weder klare Rückschlüsse über das Ausmaß einer vermeintlichen „Parteienkrise vor Ort“ ziehen, noch kann die Frage beantwortet werden, ob der Krisenbegriff in diesem Zusammenhang überhaupt angemessen ist.<sup>3</sup> Hier setzt der folgende Beitrag an, in dem wir danach fragen, wie sich die Präsenz der nationalen Parteien<sup>4</sup> in den lokalen Vertretungskörperschaften in Deutschland seit 1990 verändert hat und welche Konsequenzen sich möglicherweise daraus ergeben – Fragen, die sowohl aus der Perspektive des lokalen Regierens als auch des Regierens in Mehrebenen-Systemen von Bedeutung sind.

Die folgenden Ausführungen beginnen mit einer Übersicht über den bisherigen Forschungsstand zu diesem Thema. Danach geht es um die Frage, inwieweit in den Kommunen „krisenhafte“ Veränderungen der nationalen Parteien seit der Wiedervereinigung zu beobachten sind und ob sie ihre Verankerung „vor Ort“ verlieren. Die Längsschnittdaten basieren auf Städte- und Gemeindedaten aus zwölf Bundesländern im Zeitraum zwischen 1993 und heute. Untersuchungseinheiten sind nahezu alle Städte und Gemeinden in zwölf Bundesländern. Die Städte Hamburg, Berlin und Bremen sind wegen ihrer Eigenschaft als Städte und Stadtstaaten von den Analysen ausgeschlossen und über die Städte und Gemeinden in Schleswig-Holstein konnte das dortige statistische Landesamt keine Informationen liefern.<sup>5</sup> Die einzelnen Jahre wurden zu vier Untersuchungszeiträumen zusammengefasst, in denen jeweils eine Kommunalwahl pro Bundesland und eine Bundestagswahl stattgefunden hat (Tabelle 1). Auf Basis dieser Ergebnisse wenden wir uns in den beiden letzten Teilen dieses Beitrags den Fragen zu, a) welche Ursachen hinter diesen Befunden liegen bzw. ob von einem spezifisch „lokalen“ Krisengeschehen auszugehen ist, b) welche Folgen sich aus diesen Veränderungen ergeben können und c), wie sich die lokale Politikforschung angesichts dieser Befunde weiterentwickeln könnte.

---

<sup>3</sup> Im Anschluss an die Systemtheorie David Eastons kann der Begriff der Krise mit dem Entzug politischer Unterstützung gleichgesetzt werden. Im deutschsprachigen Raum hat sich dagegen der Begriff der „Verdrossenheit“ durchgesetzt, der einen anderen Bedeutungskern hat und eher auf Apathie und Desinteresse rekurriert als auf den bewussten Entzug politischer Unterstützung (vgl. zu dieser Begriffsdiskussion Decker 2007, S. 20). In einem etwas anderen Verständnis kann man Krise auch als einen Umstand definieren, der mit einem vergleichsweise deutlichen Umbruch bisheriger Gegebenheiten einher- oder aber diesem vorausgeht. Wir arbeiten mit dem zuletzt genannten Begriff.

<sup>4</sup> Wenn im Folgenden von „nationalen Parteien“ gesprochen wird, beziehen wir uns auf die im deutschen Bundestag vertretenen Parteien in den lokalen Vertretungskörperschaften (CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE).

<sup>5</sup> Wir danken an dieser Stelle der DFG für ihre finanzielle Unterstützung des Projektes „Lokale Wahlbeteiligung in den Städten und Gemeinden der deutschen Bundesländer“ und Elisa Helbig für die mühevolle Arbeit an dem Datensatz.

*Tabelle 1: Die analysierten Kommunalwahlen nach Bundesländern und Zeiträumen*

	1993-1996	1999-2003	2004-2008	2009-...
Niedersachsen	15.09.96	09.09.01	10.09.06	
Nordrhein-Westfalen	16.10.94 <sup>b</sup>	12.09.99	26.09.04	30.08.09
Hessen	07.03.93	18.03.01	26.03.06	
Rheinland-Pfalz	12.06.94 <sup>a</sup>	13.06.99 <sup>a</sup>	13.06.04 <sup>a</sup>	07.06.09 <sup>a</sup>
Baden-Württemberg	12.06.94 <sup>a</sup>	24.10.99	13.06.04 <sup>a</sup>	07.06.09 <sup>a</sup>
Bayern	10.03.96	03.03.02	02.03.08	
Saarland	12.06.94 <sup>a</sup>	13.06.99 <sup>a</sup>	13.06.04 <sup>a</sup>	07.06.09 <sup>a</sup>
Brandenburg	03.12.93	26.10.03	28.09.08	
Mecklenburg-Vorpommern	12.06.94 <sup>a</sup>	13.06.99	13.06.04 <sup>a</sup>	07.06.09 <sup>a</sup>
Sachsen	12.06.94 <sup>a</sup>	13.06.99 <sup>a</sup>	13.06.04 <sup>a</sup>	07.06.09 <sup>a</sup>
Sachsen-Anhalt	12.06.94 <sup>a</sup>	13.06.99 <sup>a</sup>	13.06.04 <sup>a</sup>	07.06.09 <sup>a</sup>
Thüringen	12.06.94	13.06.99 <sup>a</sup>	27.06.04	07.06.09
BT-Wahl	16.10.94	22.09.02	18.09.05	27.09.09

a) Die Kommunalwahlen fanden gemeinsam mit Wahlen zum europäischen Parlament statt.

b) Die Wahl in Nordrhein-Westfalen 1994 fand gemeinsam mit der Wahl zum Deutschen Bundestag statt.

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

## 2 Parteien und lokale Politik: Ein Forschungsüberblick

Gleich zu Beginn sei hier ein wesentlicher Punkt vermerkt: Obwohl die Diskussion über Parteien in der lokalen Politik in Deutschland alt ist, spielte der Begriff der „Krise“ in der wissenschaftlichen Beschäftigung mit lokalen Parteien bislang keine Rolle. Lange Zeit war die Wissenschaft von dem ideologischen Streit darüber geprägt, ob Parteien auf lokaler Ebene wünschenswert sind oder ob ihre Präsenz zur „Zwangspolitisation“ eines per se „unpolitisch-sachorientierten“ lokalen Geschehens führt. Die zweite Position brachte Theodor Eschenburg noch im Jahr 1960 auf den Punkt: „Es gibt keine christliche Straßenbeleuchtung und keine sozialistischen Bedürfnisanstalten. Es ist kein Zweifel, dass die Wählervereinigungen für die Gemeindevertretungen häufig qualifiziertere Vertreter präsentieren als die politischen Parteien“.<sup>6</sup> Darüber hinaus wurde argumentiert, dass durch die Orientierung an nationalen Konflikten lokale Themen vernachlässigt würden. Gleichzeitig führten Parteizugehörigkeiten und die inhaltliche Orientierung an den Positionen der nationalen Parteien bei den lokalen Mandatsträgern zu einem Verlust an Orts- und Bürgerbindung (vgl. u. a. Lehmbruch 1975).

Dieser juristisch und verwaltungswissenschaftlich geprägten Position gegenüber entwickelte sich in den 1970er Jahren ein Bild von Kommunalpolitik, das den Parteien auch hier eine legitime und bedeutsame Rolle zuschrieb. Lokale Politik fände demnach als Folge der Gebietsreformen in den 1970er Jahren und der zunehmenden Verstädterung nicht mehr in der kleinen, übersichtlichen Dorfgemeinschaft statt. Vielmehr sei die Konflikthaftigkeit seither auch in der Kommunalpolitik die Norm, und zwar a) auf Grund der Größe der Städte, b) auf Grund der bundesdeutschen Politikverflechtung und den damit verbundenen loka-

<sup>6</sup> „Der Spiegel“ vom 16.3.1960.

len Steuerungsdefiziten, sowie c) auf Grund des gestiegenen finanziellen Problemdrucks (vgl. Holtmann 1992). Diese Veränderungen machten eine stärkere Parteipolitisierung und Professionalisierung lokaler Politik, die beide Hand in Hand gingen, notwendig und angemessen. Parteien und Parteienkonkurrenz brächten der kommunalen Politik auch viele Vorteile: Lokale Konflikte würden durch politische Parteien sichtbarer strukturiert und differenzierter artikuliert, was der heterogenen Interessenstruktur einer modernen lokalen Stadtgemeinschaft adäquat sei. Zudem erleichterten Parteien die Meinungsbildung und steigerten die Mobilisierung der kommunalen Bürgerschaft durch eine klarere Profilbildung bezüglich der lokalen Themen und die Aktivierung von Parteibindungen.

Mittlerweile dominiert in der lokalen Politikforschung die Auffassung, dass vor allem Großstädte durch einen professionalisierten und stärker konflikthafter (politisierten) Politikstil geprägt sind, der grundsätzlich mit politischen Parteien verbunden ist (Gabriel 1984, 1991; Holtmann 1998, 2001; Holtkamp 2008). Festgemacht wird diese zunehmende Parteipolitisierung von Wehling (1991, S. 150) beispielsweise an personellen, inhaltlichen und prozeduralen Indikatoren: Die personelle Komponente bezieht sich nach ihm auf die Tatsache, dass die meisten Räte und Verwaltungsbeamten (vor allem in Großstädten) zumindest formell Parteien zugehörten. Die inhaltliche Komponente bezieht sich darauf, dass Beschlussvorlagen zunehmend an parteipolitischen Zielsetzungen ausgerichtet würden. Und prozedural hätten sich kommunale Entscheidungsprozesse durch ein stärker arbeitsteiliges Zusammenwirken von Ratsausschüssen und Plenum sowie dem Abstimmungsverhalten in diesen Gremien verändert. Der normative Beigeschmack dieser Diskussion scheint damit abgeklungen zu sein. Dennoch sind die empirischen Befunde noch immer vergleichsweise dünn.

Seit den 1990er Jahren hat sich ein zweiter Diskussionsstrang bezüglich der Parteien in der Kommunalpolitik entwickelt. Dieser geht von der o.g. Parteipolitisierung lokaler Politik aus, richtet den Blick jedoch vor allem auf die lokalen Wählergemeinschaften. Während diese in den Gründungsjahren der Bundesrepublik Deutschland vergleichsweise stark waren (späte 1940er bis frühe 1960er Jahre), sanken ihre Stimmanteile in der zweiten Hälfte der 1960er und in den 1970er Jahren deutlich. Dieser Prozess lief parallel zu der auf Bundesebene konstatierten Konzentration der Wählerstimmen auf die beiden Volksparteien in dieser Zeit. Allerdings scheinen die freien Wählergemeinschaften seit den 1990er Jahren wieder in einer Aufschwungphase zu sein. So gehen heute nicht mehr nur in Baden-Württemberg oder Bayern, sondern mittlerweile auch in anderen Bundesländern viele Wählerstimmen an lokale Listen, Bürgergruppierungen oder Einzelbewerber, auch wenn diesbezüglich noch immer deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern bestehen (siehe insbesondere Holtmann 2001, S. 424, aber auch Bogumil et al. 2010; Reiser et al. 2008; Göhlert et al. 2008). Diese Entwicklung bedeutet umgekehrt, dass die nationalen Parteien „vor Ort“ momentan einem Druck durch lokale Wählergruppen ausgesetzt sind, der sich auch in ihren Stimm- bzw. Sitzanteilen in den lokalen Vertretungskörperschaften manifestieren müsste.

Trotz dieser intensiven Beschäftigung mit lokalen Wählergruppen in den letzten Jahren sind empirische Untersuchungen mit einem Augenmerk auf den nationalen Parteien in den lokalen Vertretungskörperschaften rar. Dies gilt im Besonderen für Längsschnittstudien und die Frage nach den Folgen einer solchen möglichen Entwicklung. Ein Grund für dieses Forschungsdefizit liegt in der schwierigen Zugänglichkeit von Daten, die von den verschiedenen statistischen Landesämtern vorgehalten und damit weder zentral gesammelt noch

vereinheitlicht werden. Der zweite Grund ist in der Unterschiedlichkeit von Kommunalpolitik in den Bundesländern und den daraus resultierenden Schwierigkeiten des Vergleiches zu suchen. Drittens wird der lokalen Politik in der deutschen Politikwissenschaft nur wenig Aufmerksamkeit zuteil, so dass ein geringes Forschungsinteresse an dieser Stelle kaum verwundert.

### 3 Krise der nationalen Parteien „vor Ort“?

#### 3.1 Wie misst man die „Stärke nationaler Parteien vor Ort“?

Die Stärke der nationalen Parteien auf lokaler Ebene wird in der Literatur häufig als der „Nationalisierungsgrad“ des kommunalen Parteiensystems bezeichnet (Kjaer u. Elklit 2010a, 2010b). Verstanden wird darunter die Übereinstimmung des lokalen Parteiensystems mit dem nationalen Parteiensystem zu einem bestimmten Zeitpunkt. Häufig – so auch in diesem Beitrag – wird diese Stärke über den Stimmenanteil der im nationalen Parlament vertretenen Parteien in den lokalen Vertretungskörperschaften operationalisiert. Diese Stimmenanteile zu messen erscheint zunächst einfach, erweist sich bei genauerer Sicht jedoch als schwierig, denn es gibt verschiedene Wege der Operationalisierung, die zu unterschiedlichen Messergebnissen führen können.

Bei der ersten Alternative sind die einzelnen Wähler und ihre Stimmen die Untersuchungseinheit. Der Stimmenanteil der nationalen Parteien an einer Kommunalwahl ergibt sich dann aus dem Quotienten der Stimmen pro Partei an allen abgegebenen Stimmen. So weist das Statistische Landesamt von Nordrhein-Westfalen beispielsweise für landesweite Kommunalwahlergebnisse die Stimmen pro Partei *an allen abgegebenen gültigen Stimmen* aus. Da in manchen Bundesländern auf Basis der dort geltenden Wahlsysteme die Bürger größerer Städte jedoch deutlich mehr Stimmen haben als Bürger in kleinen Gemeinden, gehen diese „Großstadtwähler“ bei der landesweiten Stimmanteilsberechnung mit dieser Methode überproportional in das Stimmanteilergebnis der Parteien ein. Aus diesem Grund weisen die Bundesländer mit einem entsprechenden Wahlsystem in der Regel einen *gewichteten oder gleichwertigen Stimmenanteil* für die Parteien in der Ergebnisdarstellung aus.<sup>7</sup> Darüber hinaus aber – und das ist besonders wichtig – führt diese Art der Messung zu einer vergleichsweise stärkeren Gewichtung der Stimmanteile der nationalen Parteien als dies bei der später dargelegten zweiten Messstrategie der Fall ist, weil

- sich das Wahlverhalten in großen und kleinen Gemeinden deutlich unterscheidet und die nationalen Parteien in kleinen Gemeinden deutlich schlechter abschneiden,
- in großen Städten viel mehr Stimmen vergeben werden, da hier mehr Einwohner leben,<sup>8</sup>

---

<sup>7</sup> Durch die Ausweisung der gleichwertigen Stimmen in Baden-Württemberg beispielsweise wird das Gewicht der größeren Städte relativiert. Diese geschieht auf Gemeindeebene durch Division der Zahl der gültigen Stimmen durch die Zahl der jeweils zu wählenden Bewerber. Auf diese Weise gehen alle Gemeinden mit gleichem Stimmengewicht in die Mittelwerte ein (vgl. Brenner 2009, S. 218).

<sup>8</sup> In den 117 kreisfreien Städten leben rund ein Drittel der Menschen in Deutschland – in den 39 Städten mit mehr als 200.000 Einwohnern leben 24,4% der Menschen (vgl. Wehling u. Kost 2003, S.15).

- die Wähler in Großstädten mit ihrer Präferenz für nationale Parteien bei der Berechnung eines landesweiten Mittelwertes stärker ins Gewicht fallen als bei Betrachtung der Kommunen als Untersuchungseinheit,
- dieser Effekt durch manche Kommunalwahlssysteme verstärkt wird, wenn durch das Kumulieren und Panaschieren (mit so vielen Stimmen wie Ratssitzen) den Wählerstimmen von Großstädtern bei der Berechnung des Landesdurchschnitts noch mehr Gewicht beigemessen wird als den Wählerstimmen in kleinen Gemeinden.

Die zweite messstrategische Alternative hat als Untersuchungseinheit die jeweilige Kommune. Zunächst werden die Stimmenanteile der nationalen Parteien an allen abgegebenen Stimmen pro Kommune ermittelt. Diese Werte werden anschließend auf Landesebene (oder Bundesebene) aggregiert. Folge dieser Messstrategie ist, dass der Nationalisierungsgrad geringer ausfällt, weil

- sich das Wahlverhalten in großen und kleinen Gemeinden deutlich unterscheidet und die nationalen Parteien in kleinen Gemeinden deutlich schlechter abschneiden,
- die Zahl kleiner Gemeinden jedoch in allen Bundesländern um ein Vielfaches größer ist als die Zahl großer Gemeinden.

Damit verbunden ist außerdem, dass die Stärke der nationalen Parteien stark von der jeweiligen Gemeindestruktur eines Bundeslandes abhängt und die Vergleichbarkeit aus diesem Grund eingeschränkt wird.<sup>9</sup> In diesem Beitrag messen wir die Stärke der nationalen Parteien über die zweite Strategie. Da hier jedes Gemeindeergebnis mit demselben Stimmengewicht in die Durchschnittsberechnung pro Bundesland, für Ost-, Westdeutschland oder bundesweit eingeht, hat diese Entscheidung zur Folge, dass im Ergebnis „methodisch bedingt“ das Wahlverhalten in kleinen Gemeinden überbetont wird, was mit einer „Unterbewertung“ der Stimmenanteile für die nationalen Parteien einhergeht, die in den größeren Städten besser abschneiden. Wir entscheiden uns für diese Variante, weil die uns vorliegenden Gemeindedaten zusätzlich zum Bundesländervergleich eine Analyse nach unterschiedlichen Ortsgrößen ermöglicht. Darüber hinaus schlagen sich die unterschiedlichen Messstrategien vor allem in Niveauunterschieden hinsichtlich des Nationalisierungsgrads nieder. Die zeitliche Veränderung wird davon aber nicht tangiert, insofern die einmal gewählte Strategie beibehalten wird – und dies ist hier der Fall. Dennoch sollte dieser Sachverhalt stets im Auge behalten werden, v.a. wenn es um den Vergleich dieser Ergebnisse mit anderen Studien geht.

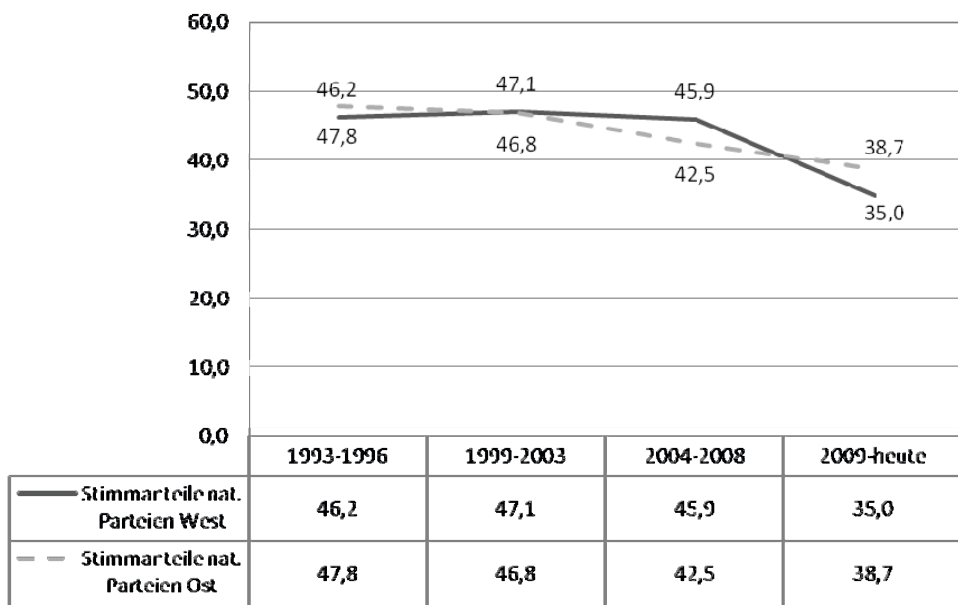
### 3.2 Gesamtdeutsche Befunde im Überblick

Auf den ersten Blick bestätigen die Trenddaten für Gesamtdeutschland die landläufige Vermutung, dass die nationalen Parteien in der lokalen Politik an Boden verlieren (vgl. Abbildung 1). Die Stimmenanteile der im Bundestag vertretenen Parteien sinken in den Kommunalvertretungen im Durchschnitt aller Gemeinden in Westdeutschland von etwa 46

<sup>9</sup> Zu den sehr unterschiedlichen Gemeindestrukturen der jeweiligen Bundesländer siehe Wehling u. Kost 2003, S.14-16; Holtkamp 2008, S.109-111. Während z. B. Nordrhein-Westfalen bei rund 18 Mio. Einwohnern nur knapp 400 Gemeinden zählt, hat Rheinland-Pfalz bei knapp über 4 Mio. Einwohnern deutlich über 2000 Gemeinden.

Prozent im Zeitraum 1993-1996 auf 35 Prozent heute und in Ostdeutschland von etwa 48 Prozent auf rund 39 Prozent. Seit Beginn der 1990er Jahre ist dies ein Rückgang von etwa 10 Prozentpunkten, wobei die Entwicklung in beiden Landesteilen ähnlich verläuft.

Abbildung 1: Die Stimmanteile der „nationalen“ Parteien insgesamt in den lokalen Vertretungskörperschaften in Ost- und Westdeutschland, 1993 bis heute



Angaben: Mittelwerte aus den Prozenten an allen abgegebenen, gewichteten oder gleichwertigen Stimmen pro Kommune nach Ost- und Westdeutschland.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des DFG-Forschungsprojekts „Lokale Wahlbeteiligung im Bundesländervergleich“.

Die genauere Analyse zeigt jedoch deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen nationalen Parteien im Zeitverlauf (vgl. Abbildung 2 und Tabelle 2). Die größten Verluste haben die beiden großen Volksparteien zu verbuchen, wobei die CDU im Osten ihren Anteil halten kann, während die SPD in beiden Landesteilen deutlich verliert. Demgegenüber sind – mit Ausnahme der FDP in Ostdeutschland – die Veränderungen bei den drei kleinen im Bundestag vertretenen Parteien (FDP, Bündnis 90/Grüne, Die Linke) nur marginal. Sie sind nicht in demselben Maße von einem Stimmenrückgang betroffen, sondern können ihr vergleichsweise geringes Niveau in etwa halten.

Abbildung 2: Die Stimmanteile der einzelnen „nationalen“ Parteien in den lokalen Vertretungskörperschaften in Ost- und Westdeutschland, 1993 bis heute

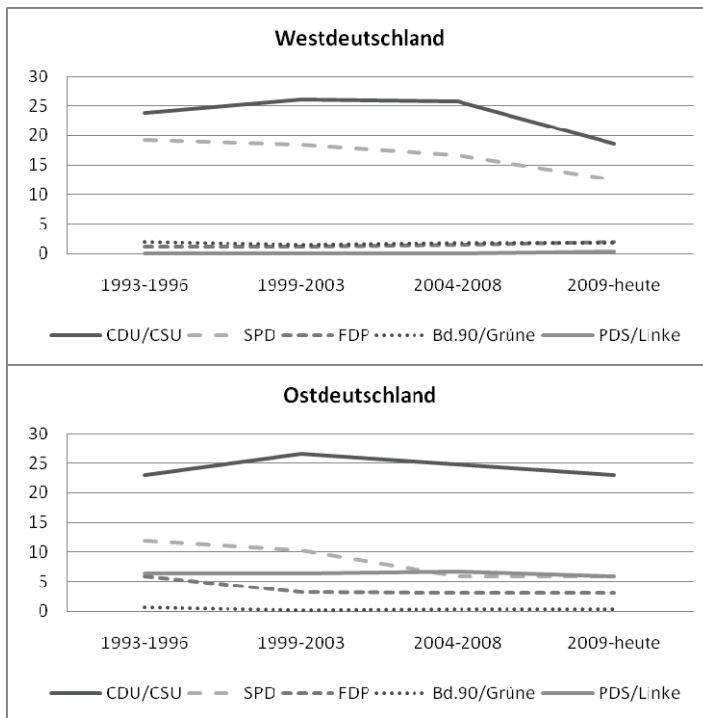


Tabelle 2: Die Stimmanteile der einzelnen „nationalen“ Parteien in den lokalen Vertretungskörperschaften in Ost- und Westdeutschland, 1993 bis heute

		1993-1996	1999-2003	2004-2008	2009-2013	Differenz
West	CDU/CSU	23,8	26,1	25,7	18,5	-5,3
	SPD	19,2	18,4	16,7	12,5	-6,7
	FDP	1,1	1,1	1,5	1,9	0,8
	BD.90/Grüne	2,0	1,5	1,8	1,8	-0,2
	PDS/Linke	0,0	0,0	0,0	0,3	0,3
	N West	7213	7228	7357	3841	---
Ost	CDU/CSU	23,0	26,5	24,8	23,0	0,0
	SPD	11,9	10,3	5,9	6,0	-5,9
	FDP	5,9	3,3	3,1	3,1	-2,8
	BD.90/Grüne	0,7	0,2	0,3	0,3	-0,4
	PDS/Linke	6,4	6,5	6,8	6,0	-0,4
	N Ost	4476	4075	3845	2883	---

Angaben: Mittelwerte aus den Prozenten an allen abgegebenen, gewichteten oder gleichwertigen Stimmen pro Kommune nach Ost- und Westdeutschland.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des DFG-Forschungsprojekts „Lokale Wahlbeteiligung im Bundesländervergleich“.



Erwähnenswert ist an dieser Stelle der insgesamt deutliche Unterschied zwischen den lokalen Parteiensystemen Ost- und Westdeutschlands. Während in den neuen Bundesländern die PDS/Die Linke eine deutlich stärkere Unterstützung erfährt als im Westen, haben Bündnis 90/Die Grünen deutliche Schwierigkeiten, sich insgesamt in den ostdeutschen Gemeindevertretungen einen festen Platz zu verschaffen (ähnlich Pollach et al. 2000). Zudem scheint der Erfolg der PDS/Die Linke in den ostdeutschen Bundesländern sehr zu Lasten der SPD zu gehen, die hier nicht annähernd so stark vertreten ist, wie in den westdeutschen Pendants.<sup>10</sup>

### *3.3 Differenzierung nach Ortsgröße*

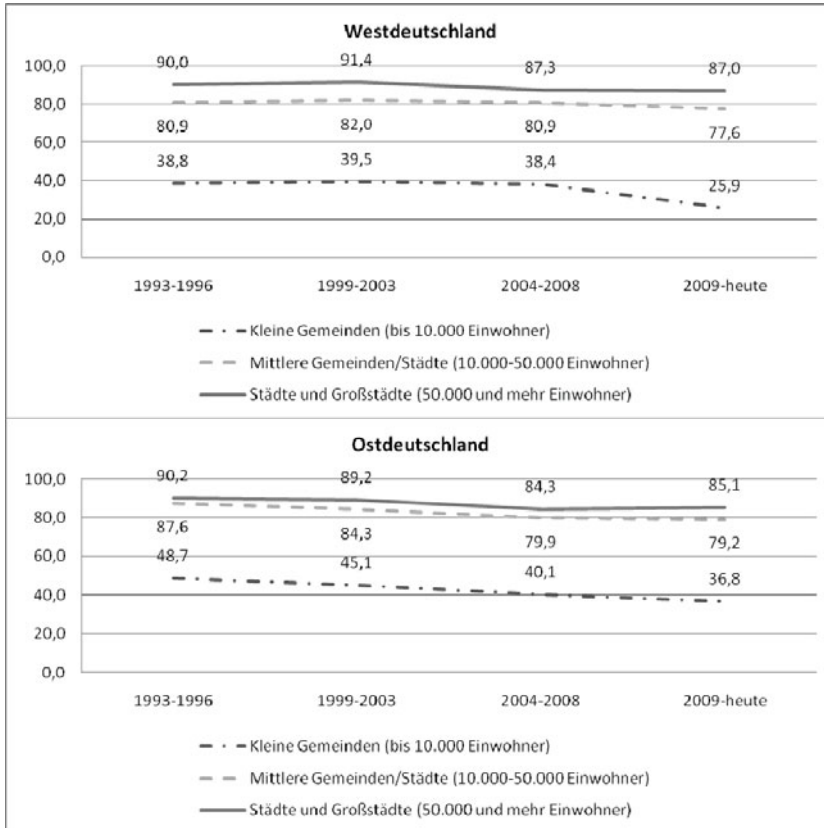
Die bereits in Abschnitt 3.1 erwähnten Unterschiede im Wählerverhalten der Bevölkerung je nach Ortsgröße werden augenscheinlich, wenn die Stimmanteile der nationalen Parteien nicht nur nach West- und Ostdeutschland differenziert ausgewiesen werden, sondern auch nach unterschiedlichen Gemeindegrößen (Abbildung 3 und Tabelle 3). Vor allem in kleinen Gemeinden (mit weniger als 10.000 Einwohnern) entfällt im Bundesdurchschnitt nicht einmal die Hälfte aller Stimmanteile auf die im Bundestag vertretenen Parteien. Bereits in mittelgroßen Gemeinden (bis 50.000 Einwohner) sind sie dagegen wesentlich erfolgreicher und in Großstädten (über 50.000 Einwohner) können sie im Durchschnitt sogar zwischen 80 und 90 Prozent aller Stimmen für sich verbuchen.

Die nach Ortsgrößengruppen differenzierten Analysen machen weitere Trends sichtbar: Erstens verlieren die nationalen Parteien sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland in allen Gemeindegrößenklassen an Zustimmung. Zweitens verläuft dieser Trend in den Mittel- und Großstädten noch relativ moderat – die größten Veränderungen zeigen sich im Wahlverhalten in den kleineren Gemeinden. Bemerkenswert ist diese Entwicklung vor allem vor dem Hintergrund der bereits erwähnten allgemeinen Schwäche der etablierten Parteien in den kleinen Gemeinden. Hier haben wir es also mit einer deutlichen Veränderung in den lokalen Parteiensystemen zu tun. Drittens sind wiederum nicht alle Parteien in gleichem Maße von diesen Veränderungen betroffen. Wieder sind es vor allem die beiden Volksparteien SPD und CDU, deren Stimmanteile vor allem seit Ende der 90er Jahre „schrumpfen“. Deutlich wird dieser Trend in den kleinen Gemeinden. Hier werden die Volksparteien besonders durch Einzelbewerber, lokale Parteilisten und kommunale Wählervereinigungen herausgefordert. In den mittleren und größeren Städten ist die Situation etwas anders: Während sich die traditionelle Schwäche der CDU in den deutschen Großstädten in den letzten Jahren intensiviert, verliert mittlerweile auch die SPD, die in den Großstädten traditionell sehr erfolgreich ist, zunehmend an Zustimmung (siehe auch Schwarzer 2009). Profiteure sind oftmals die Grünen, die gerade in den Großstädten deutlich zulegen können. Und gleichzeitig etabliert sich zunehmend Die Linke in westdeutschen Großstädten. Neuere Studien zeigen jedoch, dass sich auch in den mittleren und größeren Städten Deutschlands zunehmend kommunale Wählergemeinschaften gründen und erfolgreich bei Wahlen antreten (vgl. u. a. Reiser et al. 2008; Holtkamp/Eimer 2006). Setzt sich diese Entwicklung fort, wird die „Führungsrolle“ der beiden Volksparteien wohl auch in den Großstädten in Frage gestellt werden.

---

<sup>10</sup> Auf eine Interpretation der Niveaus wird an dieser Stelle explizit verzichtet, da diese – wie zuvor erwähnt – stark von der jeweiligen Messalternative abhängen.

Abbildung 3: Die Stimmanteile der nationalen Parteien in den lokalen Vertretungskörperschaften nach Ortsgrößen, 1993 bis heute



Angaben: Mittelwerte aus den Prozents an allen abgegebenen, gewichteten oder gleichwertigen Stimmen pro Kommune nach Ost- und Westdeutschland sowie nach Ortsgröße

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des DFG-Forschungsprojekts „Lokale Wahlbeteiligung im Bundesländervergleich“.



<http://www.springer.com/978-3-531-18640-5>

Lokale Politik und Verwaltung im Zeichen der Krise?

Haus, M.; Kuhlmann, S. (Hrsg.)

2013, VI, 286 S. 26 Abb., 10 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-531-18640-5